



München, 24.09.2020

Grausamkeiten in der Rinderhaltung müssen beendet werden - Konsequenzen aus den Tierschutzskandalen im Allgäu ziehen

SPD-Abgeordnete kritisieren das nachlässige Vorgehen der Staatsregierung und fordern sichtbare Verbesserungen für das Tierwohl in der Rinderhaltung ein

Der heutige (24.09.) Bericht im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu den Tierschutzskandalen im Allgäu hat erneut bewiesen, dass Staatsregierung und Behörden im Freistaat gegen Tierrechtsverstöße in der Milchviehhaltung viel zu nachlässig vorgehen. Die BayernSPD-Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung deshalb in einem aktuellen [Antrag](#) auf, eine unabhängige Expertenkommission „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ in Bayern einzurichten und sich auf Bundesebene für eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung einzusetzen, die endlich auch Rinder bzw. Milchvieh berücksichtigt.

Die landwirtschaftspolitische Sprecherin **Ruth Müller** und die Tierschutzexpertin **Martina Fehlner** kritisieren das laxer Vorgehen des Umweltministeriums: "Mehrfach wurde bei behördlichen Kontrollen festgestellt, dass Kälber ohne Trinkwasser bei den bereits bekannten Betrieben im Allgäu gehalten wurden. Immer wieder wurde dies bemängelt. Aber leider wurde nicht dafür gesorgt, dass es den Tieren dauerhaft besser geht," so Fehlner. Die Abgeordnete Müller fordert, dass die heimischen Tierhalterinnen und Tierhalter bei der Optimierung des Tierwohls von der Staatsregierung unterstützt werden. "Das wäre nicht nur ein Gewinn für Landwirte und Vieh, sondern würde auch das angeknackste Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Milchviehwirtschaft wieder steigern", erklärt die Agrarexpertin. Müller verlangt von der Staatsregierung mehr Einsatz für die Nutztiere statt nur auf Skandale zu reagieren.

Der SPD-Verbraucherschutzexperte **Florian von Brunn** ist schockiert über die Antwort auf seine jüngste parlamentarische [Anfrage](#) zu den Vorfällen im Allgäu: "Kein Trinkwasser und Futter für

Kälber, zahlreiche verendete oder euthanisierte Tiere - die Staatsregierung musste auf meine Anfrage hin einräumen, dass das Tierleid auch im Jahr 2020 in den Betrieben in Bad Grönenbach und Dietmannsried immer noch weiterging. Mehrmals haben wir bereits Konsequenzen gefordert. Doch Staatsregierung und zuständige Behörden sind offensichtlich nicht in der Lage, dieser andauernden Tierquälerei einen Riegel vorzuschieben. Wir brauchen endlich harte Sanktionen und Maßnahmen gegen die Tierquäler. Dazu gehören Ersatzvornahmen durch die Behörden, Strafanzeigen und mehr Tierhaltungsverbote!"